

Antrag selbst und nicht über die Beschlussempfehlung durch. Wer also dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und die AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion enthält sich. Mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis ist damit der **Antrag Drucksache 17/3578 angenommen**.

Ich rufe auf:

#### **14 Gesetz zur Einführung einer pauschalen Beihilfe**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/5620

erste Lesung

Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, dass eine Aussprache hierzu für heute nicht vorgesehen ist.

Deshalb kommen wir sofort zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/5620 an den Haushalts- und Finanzausschuss** in der Federführung und mitberatend an den **Innenausschuss**, den **Wissenschaftsausschuss**, den **Rechtsausschuss** sowie den **Ausschuss für Schule und Bildung**. Wer möchte dieser Überweisung widersprechen? – Niemand. Wer enthält sich? – Auch niemand. Dann haben wir so überwiesen.

Ich rufe auf:

#### **15 NRW muss Automobil- und Industriestandort bleiben – Arbeitsplätze in NRW und bei Ford Köln erhalten**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/5631

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/5746

Ich eröffne die Aussprache. – Als erster Redner hat für die AfD-Fraktion eigentlich Herr Kollege Loose das Wort, der aber noch nicht im Saal zu sein scheint.

Dann schlage ich vor, in der Redenreihenfolge fortzufahren. – Zu dem noch nicht begründeten Antrag bitte ich jetzt für die CDU Herrn Kollegen Kehrl an das Redepult.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

**Oliver Kehrl (CDU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein bezeichnendes Bild, wenn zu einem eigenen Antrag weder der Redner noch die Kollegen aus der Fraktion da sind.

(Beifall von der CDU und der FDP – Michael Hübner [SPD]: Mach schnell und fertig!)

Das macht den Einsatz dieser Partei für Arbeitsplätze und für den Standort in Köln nicht besonders glaubwürdig.

(Beifall von der CDU, der FDP, Michael Hübner [SPD] und Alexander Vogt [SPD])

Ohne Zweifel ist Ford einer der wichtigsten Arbeitgeber in der Stadt Köln. Die Stadt ist stolz auf die lange Tradition, die sie mit dem Autobauer verbindet. Man darf aber Tradition nicht mit Stillstand und Innovationsmangel verwechseln. Genau das machen Sie mit Ihrem Antrag, meine Damen und Herren von der AfD.

Wieder einmal wird hier Ihr rückwärtsgewandtes Weltbild deutlich; denn wenn Sie sich nun gegen den Ausbau der Elektromobilität aussprechen, verkennen Sie erneut, dass wir in einem internationalen Wettbewerb stehen und auch hier keine nationalen Lösungen gebrauchen können.

Auch in diesem Bereich werden Unternehmen in Deutschland nur erfolgreich sein, wenn sie stets innovativ sind und die Zeichen der Zeit erkennen. Gerade die Unternehmen der Automobilbranche müssen sich den neuen Anforderungen, vor allem auch im Exportgeschäft, stellen und die neuen Schlüsseltechnologien für sich nutzen.

An dieser Stelle möchte ich noch mal ausdrücklich an die Kolleginnen und Kollegen der Grünen appellieren: Dies gilt nicht nur für die E-Mobilität, sondern auch für die Innovationen beim Dieselmotor.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Auch hier müssen wir Innovationen fördern. Wir dürfen diese Technik nicht verteufeln. Wer die Hände in den Schoß legt und hofft, globale Herausforderungen und Trends gingen an Deutschland vorbei, verschließt ganz offensichtlich die Augen vor der Realität.

Hier setzt der SPD-Entschließungsantrag an, der aber inhaltlich unnötig ist, da die darin geforderten richtigen Punkte von der NRW-Koalition bereits umgesetzt werden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

In der Ignoranz technischer Notwendigkeiten und Innovationen liegt seit vielen Jahren eines der grundlegenden Probleme bei Ford. Denn es wurde eben nicht annähernd ausreichend auf Forschung, Entwicklung, Offenheit und neue Techniken gesetzt.

Dies geht bei Ihnen in der AfD durcheinander. Fehlende Innovation ist ein wesentlicher Auslöser der heutigen Krise.

Eine Verschärfung der Situation bei Ford ergibt sich durch den eingebrochenen Absatz von Fahrzeugen in das Vereinigte Königreich. Der Grund hierfür liegt natürlich im Brexit, durch den Wirtschaft und Verbraucher massiv verunsichert werden.

(Unruhe – Glocke)

Gleiches gilt für die Abschottungspolitik der USA. Auch sie wird unserer Wirtschaft schaden.

Sehr geehrte Damen und Herren von der AfD, es ist schon bemerkenswert, dass ausgerechnet Ihre Fraktion, die in ihrer Politik immer auf nationale Lösungen setzt und sich regelmäßig gegen ein europäisches Miteinander ausspricht, nun das Dilemma von Ford in einem harten Brexit ohne europäisches Rahmenwerk sieht. Am Beispiel Ford wird doch klar, dass nationale Abschottung Arbeitsplätze vernichtet. Und Sie nehmen nur an den Wahlen zum Europäischen Parlament teil, um dort für dessen schnelle Abschaffung zu kämpfen. Das ist doch schizophren.

(Beifall von der CDU und der SPD – Vereinzelt  
Beifall von der FDP)

Nein, wir brauchen einen freien Handel, eine internationale Freihandelspolitik. Und dies ist nur in einem Europäischen Binnenmarkt und in geordneten Freihandelsabkommen wie CETA oder TTIP möglich.

Die NRW-Koalition unterstützt Ford, indem mit gezielter Förderung der Weg zur Mobilität von morgen und damit für internationale Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze in NRW beschritten wird.

Auch Ford hat dies erkannt und eine grundlegende Neuausrichtung angekündigt. Bis 2022 will Ford rund 11 Milliarden Euro in die Entwicklung von 40 elektrifizierten Modellen investieren und die technologische Entwicklung des autonomen Fahrens weiter voranbringen. Ford hat angekündigt, dass 2021 der erste rein batteriebetriebene Transit auf den Markt gebracht werden soll. Entwickelt wird dieses Modell in Köln.

Bereits zuvor hatte Ford eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Elektromobilität mit dem Wolfsburger Volkswagenkonzern angekündigt. Diesen Dialog moderiert und begleitet klug und mit Augenmaß die NRW-Landesregierung.

Das Gleiche machen wir bei der Kooperation mit e.GO. Hier hat sich die Landesregierung für den neuen Standort in Düren starkgemacht. Dort gehen die ersten e.GO's vom Band; das ist eine Kooperation mit der Post und Ford.

Das Land unterstützt das Unternehmen bei der Umstellung auf Elektromobilität. So helfen wir dabei, brachliegende Teilflächen am Standort Köln-Niehl für

die Produktion von Elektroautos umzuwandeln. Die NRW-Koalition möchte Ford zu einem Big Player der E-Mobilität am Standort Köln und Umgebung machen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir haben mit Mitarbeitern und der Geschäftsführung von Ford oft persönlich gesprochen. Dabei kam klar heraus: Was wir nicht brauchen, ist eine Abschottungspolitik, wie es Ihre clownesken Freunde im britischen Unterhaus propagieren, die sich gerade vor aller Welt mit ihrem populistisch anmutenden nationalen Chaos lächerlich machen. Brexit und Salvini bedeuten Abschwung, Rezession und Jobverluste.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit.

**Oliver Kehrl (CDU):** Wir brauchen Freihandel und Freihandelszonen. Zölle und Protektionismus dagegen sind Gift für Wohlstand und Arbeitsplätze.

Wir brauchen eine Politik, die Innovationen stärkt, Hürden für Investitionen in neue Ideen abschafft und ein freundliches Klima für Forschung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit schafft; denn nur so können wir in Deutschland Arbeitsplätze erhalten und für neue Jobs sorgen. Leider fehlt uns in Ihrem Antrag dieser Ansatz komplett. Aus diesem Grund werden wir ihn ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Kehrl. – Jetzt hat für die AfD-Fraktion Herr Kollege Loose das Wort.

**Christian Loose (AfD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Ford. Die tun was.“ Das war mal deren Werbespruch. Aber was tut die Landesregierung hier? – Nichts! Sie lässt 3.800 Menschen und ihre Familien im Stich.

(Daniel Sieveke [CDU]: Quatsch!)

Wenn aber eine Stromtankstelle in Duisburg eröffnet wird, dann hält Herr Ministerpräsident Laschet natürlich sein Gesicht in die Kamera. Bei der Vernichtung der Arbeitsplätze im Kohlerevier sind Sie auch immer ganz weit vorne dabei. Aber wenn es um den Erhalt der Arbeitsplätze in unserer Automobilindustrie geht, dann sieht man leider niemanden.

Statt bei den Arbeitnehmern zu stehen, treiben Sie die Vernichtung der wichtigsten Industrie Deutschlands voran. Energiewende ohne Verstand auf Kosten der Versorgungssicherheit, Strompreise auf Rekordniveau, EU-Vorgaben zu Stickoxid, EU-Vorgaben zu CO<sub>2</sub> – von Ihnen kommt absolut keine

Gegenwehr gegen diesen ökonomischen Unsinn aus dem Elfenbeinturm der EU.

Die vielfältigen Warnrufe aus der deutschen Wirtschaft ignorieren Sie. Bei Bosch demonstrieren 3.000 Mitarbeiter für den Diesel. Doch Sie treiben Ihre industriefeindliche Politik weiter voran. VW, KOSTAL, Wielpütz – Arbeitsplatzabbau, wo man hinschaut. Und jetzt trifft es Ford.

Gesamtmetall-Chef Rainer Dulger spricht davon, dass Deutschland der kranke Mann Europas werde. Er spricht von Chaos in der Energiewende, von Planwirtschaft. Deutschland sei wie die Titanic kurz vor dem Untergang. Mir erscheint dieser Vergleich mit der Titanic durchaus angemessen. Die Landesregierung spielt dazu fröhlich Musik, während die Industrie und deren Malocher absaufen.

Klar: Ford hat auch einige hausgemachte Probleme. Aber wie viel Anteil haben Sie alle daran? Und warum fahren Sie nicht endlich zum Betriebsrat, zur Unternehmensführung – oder haben Sie Angst, dass Ihnen dort die Wahrheit um die Ohren fliegt, dass Ihnen klar gesagt wird, dass es Ihre industriefeindliche Politik ist, die die Unternehmen aus dem Land jagt?

(Jens-Peter Nettekoven [CDU]: Ist doch lächerlich!)

Auch beim Brexit macht die Regierung keine gute Figur. Jedes Scheitern der Verhandlungen wird von Ihnen begrüßt, und es wird der Hinweis gegeben, dass die Briten doch endlich eine zweite Volksabstimmung machen sollen. Aber warum sollten die Briten dann anders entscheiden? Die EU hat in den letzten Jahren keinerlei Reformen vorangebracht und lediglich Druck auf die Briten ausgeübt. Fangen Sie endlich an, die Realitäten im Vereinigten Königreich anzuerkennen und in der EU für einen fairen Deal mit unseren britischen Freunden zu kämpfen.

(Beifall von der AfD – Dr. Günther Bergmann [CDU]: Und Nordirland?)

Das wäre auch im Sinne von Ford und deren Mitarbeitern; denn für Ford ist das Vereinigte Königreich einer der wichtigsten Absatzmärkte. Haben Sie eigentlich eine Idee, was die ganzen Menschen demnächst ohne Job machen sollen? Ich hörte, in Köln gibt es die Idee, dass 2.000 Mitarbeiter einfach von der Stadt übernommen werden. Sozialismus pur!

Die Jobs in der Industrie, sei es bei Ford oder auch bei RWE, generieren eine hohe Wertschöpfung. Die Mitarbeiter bauen sich dort ihr Haus. Sie gehen zum Frisör, zum Bäcker, zur Kneipe. Sie bringen Geld in die Region. Die ganze Region lebt von diesen Firmen.

Stattdessen subventionieren Sie, Herr Laschet und Herr Pinkwart, eine 130 Jahre alte Technik, die auch die SPD in ihrem Entschließungsantrag erwähnt,

nämlich das E-Auto, und wollen es den Menschen als neue Technik der Zukunft präsentieren. Für den Bau braucht man nur noch ein Drittel der Arbeitsplätze. Haben Sie den Menschen bei Ford schon gesagt, dass da jeder Zweite – oder vielleicht noch mehr – seinen Arbeitsplatz verliert?

Die Batterie wird sicherlich nicht in Deutschland gebaut, es sei denn, man wird massiv Subventionen hineinpresse, wie es wahrscheinlich die SPD gleich fordern wird. Die Arbeitsplätze in der E-Auto-Branche werden zudem dauerhaft von Subventionen abhängig sein. Das kennen wir bereits von der Energiewende.

Mit absurd hohen Grenzwerten vertreiben Sie die Autoindustrie aus Deutschland. Sie bieten den Kunden nun statt günstiger Dieselautos teure E-Autos an, was sich am Ende nur die Reichen leisten können. Das ist so wie in der DDR: Dort hat man das West-Auto verboten und den Kunden dafür einen Trabi gegeben. Dort musste man allerdings lange auf den Trabi warten. Jetzt bekommen Sie stattdessen die Wartezeit beim Aufladen der E-Autos geschenkt.

Sie schicken unsere Industrie mit Ihrer Planwirtschaft zurück ins 19. Jahrhundert. Ich fordere jeden, der den Ford-Mitarbeitern den Rücken stärken will, dazu auf, unserem Antrag zu folgen. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Loose. – Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin dos Santos Herrmann jetzt das Wort.

**Susana dos Santos Herrmann (SPD):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wer den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Ford helfen will, beharrt nicht auf alten Technologien, sondern öffnet sich Entwicklungen und macht konkrete Vorschläge. Was Sie machen, ist Festhalten am Alten.

(Beifall von der SPD)

Sie lösen keine Probleme. Sie machen keinen Vorschlag, wie es besser werden kann. Vor allen Dingen machen Sie das Gegenteil dessen, was Sie gerade gesagt haben: Sie machen keine aktive Industriepolitik und schon gar keine Industriepolitik, die sich für den Standort Nordrhein-Westfalen und den Standort Köln einsetzen würde.

(Beifall von der SPD – Christian Loose [AfD]: Subventionen sind keine Industriepolitik!)

Insofern könnte ich damit auch schon aufhören und dafür werben, für unseren Entschließungsantrag zu stimmen. Aber erlauben Sie mir trotzdem noch ein paar zusätzliche Argumente. Selbstverständlich muss man konstatieren, dass die Automobilindustrie

zurzeit unter Druck steht. Das tut sie auch, weil wir ökologischen Standards gerecht werden wollen. Aber es ist nicht der alleinige Grund.

Schaut man auf den Weltmarkt und schaut man zum Beispiel nach China, dann weiß man, dass gerade dieses Land ein echter Markttreiber in Sachen Elektromobilität ist. Allein im letzten Jahr sind dort mehr als 1 Million E-Autos neu zugelassen worden. Zusammen mit den Fahrzeugen, die im Jahr 2017 neu zugelassen worden sind, sind das schon 2 Millionen in nur zwei Jahren. Das ist eine völlig andere Zahl als etwa hier in Deutschland oder auch in Europa.

Wenn man weiß, wie stark auch deutsche und europäische Automobilhersteller auf den Markt in China angewiesen sind, dann weiß man, dass man nicht auf alten Technologien beharren darf, sondern sich aufstellen muss für einen veränderten Markt, der nach ökologischen Kriterien ruft, der aber weiß: Wir wollen neue moderne Technologien und solche, die auch energieeffizient sind.

Ein Beharren auf Verbrennungsmotoren allein genügt also nicht. Ich rede hier nicht von Übergangsfristen, ich rede auch nicht davon, ob man apologetisch ein Datum festlegt oder nicht. Aber dass wir uns dieser Herausforderung stellen müssen, das ist völlig klar. Wer das verweigert, verweigert die Realität, und das hilft niemandem.

(Beifall von der SPD)

Eine zukunftsfähige Weiterentwicklung des Unternehmens Ford wollen gerade die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Köln und anderswo. Es war insbesondere der Betriebsrat, der schon lange eingefordert hat, dass sich das Management endlich öffnet für neue Technologien, das Unternehmen entsprechend aufstellt, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darauf einstellt, dass sie sich möglicherweise weiterbilden müssen, dass neue Produktionsreihen, neue Produkte und damit auch Veränderungen in der Arbeit auf sie zukommen.

Das Modell StreetScooter ist sicher erfolgreich, aber es ist im Moment auch nur ein Vorzeigeprojekt. Es ist noch nicht das, was wir uns unter Elektromobilität vorstellen. Deswegen muss es da nach unserer Auffassung dringend weitergehen.

Ich fasse kurz zusammen: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter brauchen keinen nostalgischen Blick zurück, sondern eine Industriepolitik, die ihre Interessen aufgreift. Ich habe eben schon unseren Entschließungsantrag erwähnt. Ich will gerne ein paar Punkte benennen, die uns besonders wichtig sind. Das eine ist mit Sicherheit, dass wir eine Batteriefabrik im Rheinland ansiedeln möchten, um das dort bestehende Automotive-Cluster noch stärker zu verankern und zukunftsfähig zu machen.

Wir setzen nicht allein auf eine Technologie, sondern schauen insbesondere auf die Potenziale, die möglicherweise auf synthetischen Kraftstoffen oder auf Wasserstoff basierenden Antriebstechnologien mit sich bringen. Wir erwarten, dass eine Landesregierung auch darauf achtet, dass Unternehmen – das gilt nicht nur für die Großunternehmen, sondern insbesondere für die mittelständische Zulieferindustrie – dafür sorgen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich vernünftig weiterbilden können und da, wo es möglicherweise notwendig ist, auch entsprechend unterstützt werden.

Ich fasse zusammen: Wir haben eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht. Wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD, wirklich so ideologiefrei sind, wie Sie das hier immer gerne behaupten, dann stimmen Sie heute unserem Antrag zu und stecken Ihren Antrag in den Papierkorb. Da ist er bestens aufgehoben.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin dos Santos Herrmann. Sie haben sicherlich gesehen: Es wurde eine Kurzintervention angemeldet von Herrn Kollege Loose. Das Mikro ist frei.

**Christian Loose (AfD):** Danke schön. – Sie sprachen davon, dass die Chinesen so viele Elektroautos bei sich verkaufen. 4 % der Autos in China sind Elektroautos. Der meistverkaufte Wagen ist der Chery eQ mit 150.000 Yuan Herstellungskosten. Er wird dort zum Endkundenpreis von 65.000 Yuan abgegeben. Der Rest sind Subventionen vom Staat. Umgerechnet wird jeder Wagen in China mit 9.000 Euro bis 10.000 Euro subventioniert. Das ist also Ihre Zukunft: Subventionen. – Deswegen können wir Ihrem Antrag auch nicht folgen.

Das nächste Thema, das Sie angesprochen haben, war die Ökologie. Da haben wir die Kinderarbeit im Kongo. Wir haben das Lithiumproblem in Chile,

(Michael Hübner [SPD]: Das hat Sie doch noch nie interessiert! Das gibt es doch wohl nicht!)

wo das Grundwasser abgegraben wird.

Dritter Punkt: Sie haben den StreetScooter genannt. Die Post will sich gerade davon trennen und sucht einen Käufer. Vielleicht kann ja die SPD da ein bisschen nachhelfen.

Sie sagten, China sei der Zukunftsmarkt. Was macht VW? – Die gehen nach China. Die Arbeitsplätze sind ja weg. Das Gleiche droht auch bei Ford, wenn Sie nicht gegensteuern. Das ist das entscheidende Problem dabei.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Frau Kollegin, Sie können, wenn Sie mögen, antworten.

**Susana dos Santos Herrmann (SPD):** Ja, ich mache es kurz, Frau Präsidentin. – Wenn Sie mir zugehört hätten, Herr Loose, hätten Sie mitbekommen, dass ich darauf hingewiesen habe, dass der Street-Scooter tatsächlich ein erstes Vorzeigeprojekt ist. Die Post hat von Anfang an klargemacht, dass sie 1.000 Stück davon haben will, und die bekommt sie auch. Die sind zum Teil auf der Straße, und zum Teil kommen sie noch auf die Straße.

Die Elektrostrategie der chinesischen Regierung ist eindeutig. Wer sich da nicht auf neue Technologien einstellt, verliert einen wichtigen Markt. Dass die Chinesen möglicherweise auch ihre eigenen Produkte haben wollen, sei dahingestellt. Aber klar ist: Wenn wir uns hier in Europa nicht darauf einstellen, dann werden wir da überhaupt keine Chance mehr haben. Punkt zwei.

Zum Schluss: Die Frage der Arbeitsplätze und der Ausbeutung ist doch genau der Punkt. Ich habe eindeutig davon gesprochen und wiederhole das gerne: Wir wollen, dass Batterien beispielsweise hier bei uns produziert werden, und natürlich wollen wir bei den Rohstoffen und bei den sonstigen Ressourcen genauso darauf achten, dass sie nach ökologischen und sozialen Kriterien abgebaut und exportiert werden, wie das bei anderen Produkten auch der Fall ist. Wenn Sie das nicht wollen, ist das Ihr Problem. Wir möchten das.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Markus Wagner [AfD])

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin dos Santos Herrmann. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Bombis.

**Ralph Bombis<sup>\*)</sup> (FDP):** Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen, sehr geehrte Herren! Nordrhein-Westfalen ist ein Land mit einer starken Wirtschaftskraft. Wir haben traditionelle Wirtschaftsbranchen genauso hier wie innovative Märkte. Beides brauchen wir. Deswegen tut die Landesregierung viel für eine innovationsfreundliche, eine wirtschaftsfreundliche, eine industriefreundliche Politik. Wir entschlacken die Wirtschaft von unnötiger Bürokratie. Wir bauen alte Hemmnisse, rot-grüne Hemmnisse, ab, und wir fördern neue Technologien durch Landesmittel und durch Beratung.

Denn wir wissen, dass eine starke Wirtschaft in den traditionellen und den neuen Branchen wichtig ist, dass sie die Grundlage ist für die Gesellschaft, in der

viele Menschen ihre Arbeitsplätze haben. Das ist umso wichtiger in Zeiten, in denen gerade globale Entwicklungstendenzen zu Konjunkturrisiken führen, damit wir auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort, wo sie tragischerweise ihre Arbeitsplätze verlieren oder zu verlieren drohen, neue Perspektiven aufmachen.

Was tut die AfD? – Die AfD listet in ihrem Antrag vor allen Dingen auf, wogegen sie ist. Sie ist zum Beispiel gegen Maßnahmen beim Klimaschutz. Sie ist gegen Umweltschutz im Verkehrssektor. Sie ist gegen moderne Technologien wie Elektromobilität. Sie ist gegen alles, was unbestritten globale Entwicklungstendenzen sind. Wir wissen jetzt – herzlichen Dank den vereinzelt Damen und Herren von der AfD –, wogegen Sie sind. Aber wofür sind Sie eigentlich? – Das bleibt offen.

Sie machen es sich auch zu einfach. Sie versuchen in Ihrer bewährten Weise, CDU, FDP, Grüne und SPD in einen Topf zu werfen,

(Markus Wagner [AfD]: Das machen Sie doch immer selber!)

und sagen, wir seien alle autofeindlich. Bei allem Respekt für den Kollegen Klocke möchte ich nur zu dem Beispiel sagen: Zu behaupten, dass der Kollege Klocke und ich, was die Automobilpolitik und die Einstellung zum Automobil angeht, einer Meinung seien, das ist wirklich eine sehr gewagte Position.

(Beifall von der FDP)

Wenn Sie sich die Mühe machen würden, genauer hinzuschauen, wüssten Sie das auch. Dann würden Sie das auch sagen. Stattdessen legen Sie hier solch einen populistischen Antrag vor. Das ist entlarvend. Es werden pauschale Behauptungen aufgestellt. Das ist billig. Das ist nicht im Sinne der Menschen, und das wird Sie entlarven, meine Damen und Herren von der AfD.

(Christian Loose [AfD]: Nennen Sie mal ein Beispiel!)

Die FDP, die NRW-Koalition, diese Landesregierung setzen sich für eine starke Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen ein, damit die Menschen hier Arbeit haben, hier Arbeit behalten, hier möglicherweise neue Arbeit finden. Wir unterstützen Unternehmen dabei, in Nordrhein-Westfalen zu investieren. Wir haben dazu viele Programme aufgelegt, die zum Beispiel Mobilität neu denken und dafür sorgen, dass Wertschöpfung in Zukunft auch noch in NRW stattfindet.

Schnellere Genehmigungsverfahren, Entbürokratisierung – das schafft die Rahmenbedingungen, um die es geht, nicht solche populistischen Anträge wie der, den Sie vorgelegt haben. An dieser plumpen und rückwärtsgewandten Art werden wir uns auch nicht beteiligen.

Ein Wort in aller Ernsthaftigkeit zum Entschließungsantrag der SPD: Darin sind viele Punkte, für die ich Sympathie habe. Allerdings ist es so, dass das, was Sie in Ihrem Entschließungsantrag fordern, die Landesregierung weitestgehend schon macht. Wir unterstützen die Forschung und die Innovationen für nicht fossile Antriebe. Wir fördern die Erforschung von E-Fuels. Wir fördern E-Mobilität. Ihr Antrag ist insofern einfach überflüssig, und deswegen können wir ihm nicht zustimmen.

Wir werden den AfD-Antrag selbstverständlich auch ablehnen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP – Frank Sundermann [SPD]: Man muss auch manchmal über seinen Schatten springen, Herr Bombis!)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Bombis. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Becker.

**Horst Becker (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es jetzt wieder mit einem Antrag zu tun, der versucht, alle Vorurteile, die die Partei AfD hier in den letzten Monaten und Jahren in dieses Parlament ausgegossen hat, wieder in einen Sachverhalt hineinzudichten, der nichts damit zu tun hat.

Zunächst einmal – das will ich an dieser Stelle bei allem Respekt vor der Firma Ford sagen – ist die Krise von Ford nicht die Krise dieses Landes, sondern es ist die Krise einer verfehlten Modellpolitik. Wer sich mit der Fragestellung von Ford auseinandersetzt, wird feststellen, dass es ein ähnliches Problem wie bei Opel gibt und gab, nämlich dass sich dieser Konzern, aus den USA gesteuert, nicht mit den europäischen Trends und den weltweiten Trends insbesondere bei kleineren Fahrzeugen hinreichend auseinandergesetzt hat, sondern einige Trends verschlafen hat.

Wer sich die Modellpalette anschaut, der weiß, dass die letzte große Innovation bei Ford der Dreizylindermotor war, der ziemlich sparsam und trotzdem sehr spritzig ist. Ansonsten wurde vieles verschlafen. So ist Ford zum Beispiel bei der Hybridtechnologie sehr rückständig; bei der Elektrotechnologie will man bis 2028 genügend Fahrzeuge auf den Markt bringen.

Die Entwicklung ist ja ganz woanders. VW zum Beispiel will im nächsten Jahr eine erhebliche Plattformmenge in den Markt stoßen und wird bis 2020 mindestens fünf verschiedene Modelle in Großserie haben – übrigens auch mit einem Modellkasten, ähnlich wie bei den Benzinern und den Dieseln. Dieser Modellkasten wird inzwischen sogar an andere verkauft, und zwar hier Nordrhein-Westfalen an die Firma e.GO. e.GO hat erklärt, nach dem e.GO Life würden

die nächsten Fahrzeuge zusammen mit VW auf dieser Plattform gebaut.

Was zeigt uns das? – Das zeigt uns genau wie der Effekt, dass China sich sicherlich nicht danach richten wird, was hier im Landtag Nordrhein-Westfalen beschlossen wird, dass tatsächlich Entwicklungen da sind, die Strukturbrüchen gleichen, die aber nicht dadurch aufzuhalten sind, dass wir mit dem Fuß aufstampfen und sagen, dass wir beim Alten bleiben.

Jeder, der sich nicht mitbewegt und sich ein Stück weit innovativ verhält, wird ein erhebliches Problem haben. Dabei ist überhaupt nicht entscheidend, ob wir sagen, bis 2030 müsse eine Umstellung bei Neufahrzeugen erfolgen oder ob das zwei Jahre früher oder fünf Jahre später ist als in Norwegen. Dort sind inzwischen über die Hälfte der Autos E-Fahrzeuge. Entscheidend ist vielmehr, dass man sich auf den Weg macht und dass man tatsächlich auch kooperiert.

Wer hätte vor drei oder vier Jahren gedacht, dass BMW und Mercedes tatsächlich zusammen Entwicklungen vorantreiben, weil sie diesen Brüchen anders nicht Herr werden? Wer hätte gedacht, dass diese Firmen beim autonomen Fahren zusammenarbeiten? Wer hätte gedacht, das Ford mit StreetScooter – der Ausgründung aus Aachen, die in Düren produziert – den Work XL produziert, übrigens auch einen Teil der Menge von 15.000 Work XL auf dem Chassis von Ford?

Das sind alles Kooperationen, die in diesen Strukturbrüchen, die wir nicht verhindern können, tatsächlich stattfinden. Das heißt, wir müssen unsere Unternehmen durch Innovationen – das ist ein beliebtes Wort – zukunftsfähig aufstellen und dürfen nicht rückständig auf das Gestern beharren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch ein wenig zu Batterien und dem Hype um Batteriewerke sagen. Es ist bezeichnend für die deutsche Automobilindustrie, dass sie in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer wieder Förderungen auch für die Batterietechnik genoss. Diejenigen, die sich mit dem Thema auseinandersetzen, wissen, dass Smart bereits kurz nach der Jahrtausendwende in London und später auch in Berlin Fahrzeuge mit Elektrotechnik fahren ließ.

Trotzdem haben sie diese Entwicklungen sehr lange nicht weiter forciert. Firmen wie Mercedes und BMW haben mit Bundeszuschüssen in diesem Bereich geforscht und haben das vor anderthalb, zwei Jahren eingestellt, um es jetzt wieder neu zu beginnen.

Es ist meine persönliche Überzeugung, dass wir nun an einem Punkt sind, wo wir zwar Batteriewerke noch nach Nordrhein-Westfalen bekommen werden. Die eigentlich innovativen Produkte sind jedoch die Zellen. Ob wir hier tatsächlich noch konkurrenzmäßig Zelltechnik hinbekommen oder ob wir die Batterien

hier nur noch großserienmäßig zusammenbauen, ist eine große Frage in der Zukunft. Ich bin skeptisch, dass es uns gelingt, die Zelltechnologie, die in Korea, in China und zum kleinen Teil in Japan bei Panasonic stattfindet, hier Nordrhein-Westfalen anzusiedeln.

Wer jetzt nicht den Schwung hin zu Elektrofahrzeugen und in der Perspektive in 10, 15 Jahren auch zu Wasserstofffahrzeugen schafft, der sorgt dafür, dass diese Arbeitsplätze aus Deutschland verschwinden. Jeder, der das leugnet, ist von gestern und sorgt dafür, dass Arbeitsplätze verschwinden und nicht hier bleiben. – Schönen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Becker. Auch Sie haben sicherlich bemerkt, dass eine Kurzintervention von Herrn Kollegen Loose angemeldet wurde. Ich schalte Herrn Kollegen Loose das Mikro frei.

**Christian Loose (AfD):** Danke. Sie sagten, wir dürfen nicht beim Alten bleiben, Herr Becker.

1888 gab es das erste Elektroauto in Deutschland, und zwar von der Firma Flocken. Im Jahre 1900 gab es das erste Hybridfahrzeug. Die Batterietechnik ist grundlegend seit 200 Jahren erforscht. Das Nokia 3110 – ein alter Knochen – hatte vor 20 Jahren eine Akkukapazität von 1.000 Milliamperestunden, ein iPhone 5 – 15 Jahre später – von 1.500 Milliamperestunden.

Die Industriestrompreise sind in Deutschland 25 % höher als in den wichtigsten konkurrierenden Märkten. Mit dem Kohleausstieg geht es noch weiter nach oben. Bereits in den 30er-Jahren des letzten Jahrhunderts fuhren prozentual gesehen mehr Elektroautos in Deutschland als heute. Die DDR hatte vor 30, 40 Jahren bereits Elektroautos.

Das alles sind alte Techniken. Dahin wollen Sie anscheinend wieder zurück – in die 30er-Jahre des letzten Jahrhunderts. Das ist Ihr Ziel.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Loose.

(Zuruf von der AfD)

Herr Becker, Sie kennen die Spielregeln. Wenn Sie mögen, dürfen Sie antworten,

(Unruhe – Glocke)

und einen Teil des Hauses könnte es auch interessieren.

(Zuruf: Sie sind auch von 1888!)

**Horst Becker (GRÜNE):** Wenn ich freundlich wäre, würde ich sagen „Und täglich grüßt das Murmeltier“, weil Sie mit den frühen Elektrofahrzeugen kommen.

Aber ich will Ihnen gerade zu dem gewählten Beispiel mit den 1.500 Milliamperestunden bei Apple – das übrigens bei den neueren Apple-Geräten so nicht stimmt – und dem Vergleich zu Nokia etwas sagen.

Wenn Sie das mit Geräten von Huawei und anderen vergleichen würden, würden Sie feststellen, dass dort die Akkudichte bedeutend höher liegt, nämlich zwischen 3.500 Milliamperestunden und 4.000 Milliamperestunden. Da Sie sich so mit diesen Beispielen rühmen, will ich Ihnen das nur mal entgeghalten.

Ich will Ihnen auch sagen, dass sich selbstverständlich gerade bei den Elektro- und den Hybridfahrzeugen eine ganze Menge geändert hat. In Berlin, einer Großstadt, in der sehr viel gebremst und angefahren wird, werden Sie feststellen, dass dort im Taxibetrieb inzwischen über 35 %, nahezu 40 % Hybridfahrzeuge fahren.

Wenn ich dort war, habe ich mich regelmäßig mit den Taxifahrern darüber unterhalten. Die Fahrzeuge werden von ihnen sehr gelobt, ob uns das passt oder nicht, weil sie inzwischen haltbarer sind als die Diesel von Mercedes. Das passt hier vielen nicht, ist aber eine Tatsache.

Das ist ein Teil der Entwicklung, die an uns vorbeigegangen ist. Das ist ein Beispiel dafür, dass wir in Zukunft genauer hinsehen müssen und nicht immer auf gestern beharren dürfen. Wir müssen uns auch ein Stück weit auf das einlassen, was weltweit passiert.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Professor Dr. Pinkwart das Wort.

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart<sup>\*)</sup>,** Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben hier eine Diskussion, die auf mehreren Ebenen stattfindet. Wir haben einmal die Situation bei Ford; da sind wir natürlich, wie mit allen anderen Unternehmen, in engem Austausch. Der Chef von Ford wirkt auch im Elektromobilitätsbeirat der Landesregierung mit. Wir sind, was die Anpassungspläne betrifft, auch in enger Abstimmung mit dem Betriebsrat und den Gewerkschaften.

Ford steht global vor Herausforderungen; Ford steht in Europa vor Herausforderungen, auch im Kontext des Brexits, wie wir feststellen, wenn wir die Lieferbeziehungen zwischen Großbritannien und Kerneu-

ropa betrachten. Auch das musste reorganisiert werden, um sich auf schlimmste Entwicklungen vorbereiten zu können.

Ford hat das mit den Mitarbeitern sozialverträglich vereinbaren können. Das halten wir für wichtig. Aber Ford muss sich auch über die Anpassungsmaßnahmen hinaus, die jetzt betriebswirtschaftlich notwendig geworden sind, strategisch weiterentwickeln, wie die Automobilindustrie in Deutschland und weltweit insgesamt.

Wir werden Ford, wie alle anderen Automobilhersteller am Standort Nordrhein-Westfalen ebenfalls, dabei natürlich unterstützen. Wir waren es, die im Zuge der Regierungsbildung die Schwerpunkte sehr deutlich darauf gesetzt haben, dass die neuen Themen auch von der Automobilindustrie und der Zulieferindustrie aufgenommen werden können, dass hier das notwendige Know-how vorhanden ist und die notwendige Vernetzung stattfindet.

Man kann über die Elektromobilität unterschiedlicher Meinung sein; das ist in Ordnung. Aber es war schon vor 15 Jahren klar, dass die Elektromobilität weltweit eine dynamische Entwicklung nehmen würde.

Wir haben das zwischen 2005 und 2010 in der damaligen Landesregierung zum Anlass genommen, uns zu fragen: Haben wir überhaupt wissenschaftliche Kompetenzen auf dem Gebiet? – Die hatten wir nicht mehr, weil sich Deutschland Anfang der 70er-Jahre aus der Elektrochemie komplett verabschiedet hatte.

Es waren die nordrhein-westfälische Landesregierung und im Süden Baden-Württemberg, vor allem unterstützt von Bundesbildungsministerin Schavan, die die Elektromobilitätsforschung wieder aufgebaut haben. Wir haben damals MEET in Münster mit eingerichtet sowie in Jülich und in Aachen und die Forschungskompetenzen ausgebaut. Wenn Sie heute auf die Landkarte Deutschlands schauen, sehen Sie Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen als die starken Länder, was die Elektromobilitätsforschung betrifft.

Das ist strategisch genau die richtige Entscheidung. Man hätte sich gewünscht – das sage ich hier ganz klar –, dass Unternehmen wie Volkswagen, die anfangs sogar an dieser Forschung beteiligt waren und 2012/2013 wieder ausgestiegen sind, am Ball geblieben wären und dass deutsche Automobilhersteller schon früher die Elektromobilität zu ihrem Thema gemacht hätten.

Wir sind dankbar, dass es dann durch die RWTH Aachen möglich geworden ist, und wir sind dankbar, dass Post DHL die Chancen ergriffen hat. Wir sind aber auch dankbar und erkennen an, dass die etablierten Automobilunternehmen jetzt das Thema engagierter aufgreifen. Das geschieht bei Ford genauso wie bei Mercedes in Düsseldorf, wo in diesem

Jahr erstmalig ein Elektro-Sprinter vom Band laufen wird.

Wir wollen natürlich mit der jetzt gestiegenen Forschungskompetenz und mit den Netzwerken, auch mit den Automobilzulieferern, die sich im Übrigen gottlob zum Teil schon weit früher auf die Veränderungen vorbereitet haben – zumindest die großen –, die neuen Chancen nutzbar machen.

Deswegen sehen wir auch – Kollege Becker hat es schon angesprochen: die Entwicklung bei VW, wo man sich jetzt fast disruptiv auf diese Mobilität neu ausrichtet –, dass Deutschland möglicherweise nur noch eine Chance hat, Erfahrungskurvenvorteile nutzbar zu machen, indem man jetzt auf die Idee der Elektroplattform als Industriestandard geht, die mit anderen Herstellern geteilt wird. Wir jedenfalls sehen, dass es nicht nur von e.GO die Bereitschaft gibt, mit VW zusammenzuarbeiten, sondern dass auch andere die Zusammenarbeit mit VW suchen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden jedenfalls alles dafür tun, dass wir in Nordrhein-Westfalen über die gesamte Wertschöpfungskette, auch und gerade bei der Chemie, aber auch bei den anderen Herstellern, die Fähigkeit haben, uns in der Elektromobilität nicht nur in Deutschland und in Europa, sondern auch weltweit weiter als Anbieter einzubringen. Sie werden in den nächsten Monaten sehen, dass es wichtige Unternehmen gibt, die hier ganz wichtige Standortentscheidungen über diese Palette hinweg treffen.

(Unruhe)

– Ich sehe, das interessiert nicht jeden. Aber ich halte das strategisch für einen ganz zentralen Punkt für die Entwicklung unseres Standortes und auch die Entwicklung der Automobilität.

(Beifall von der FDP)

Frau Präsidentin, lassen Sie mich abschließend nur folgende Zahlen mitteilen – auch weil Herr Loose eben gesagt hat, in China das seien nur 4 % –: In China wurden im letzten Jahr 1 Million Elektroautos gekauft, in Amerika 361.000 und in Norwegen 73.000. Jedes zweite Auto war dort ein Elektroauto, obwohl die selbst Öl exportieren. 68.000 Elektroautos wurden in Deutschland verkauft.

Eines ist völlig klar: Wenn sich das Tempo in den anderen Ländern so weiterentwickelt und wir nicht Schritt halten, wird die deutsche Automobilindustrie keine Chance haben, ihr Geschäftsmodell zu skalieren. Dann muss sie ihre Produktion tatsächlich ins Ausland verlagern. Deswegen muss ich ganz ehrlich sagen: Für mich verhält es sich genau umgekehrt zu dem, was Sie hier vortragen. Wenn wir hier nicht mitspielen, werden wir in Zukunft auch am Standort Deutschland nicht mehr die Chancen haben, die wir bisher vorgefunden haben. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Minister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Minister hat die Redezeit der Landesregierung um 1:15 Minuten überzogen. Die können Sie jetzt als Fraktionen selbstverständlich auch noch nutzen, wenn Sie möchten. – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich an dieser Stelle die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung, zunächst über den Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/5631. Die antragstellende Fraktion hat direkte Abstimmung über den Inhalt des Antrags beantragt. Die führen wir jetzt durch. Wer also dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. Stimmenthaltung? – Beim fraktionslosen Abgeordneten Langguth. Mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis ist der **Antrag Drucksache 17/5631** der AfD **abgelehnt**.

Wir kommen zur zweiten Abstimmung, diesmal über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/5746. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Das sind die SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete Langguth. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Dann ist auch dieser **Entschließungsantrag Drucksache 17/5746** mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Bevor ich Tagesordnungspunkt 16 aufrufe, möchten wir drei Sie kollegialerweise darauf hinweisen: Erstens ist es im Saal relativ laut, und zweitens ist selbst kurz vor Ostern das Fotografieren im Plenarsaal – auch wenn es sich um Selfies handelt – immer noch verboten.

Ich rufe auf:

#### **16 NRW muss Vorreiter werden! – Auf sachgrundlose Befristungen im öffentlichen Dienst verzichten**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/5621

Ich eröffne die Aussprache. Als erste Rednerin hat für die antragstellende Fraktion Frau Kollegin Gebhard das Wort.

**Heike Gebhard (SPD):** Liebe Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Fast zum Abschluss unseres langen Plenartages kommen wir heute noch einmal zu einem sehr wichtigen Thema. Lassen Sie

mich zu Beginn Professor Dr. Bellmann vom IAB zitieren, mit dem wir wohl die Problematik ganz gut einordnen können. Er beschreibt die Situation wie folgt:

„Die Zunahme der Teilzeit und der befristeten Beschäftigung haben dazu geführt, dass es beispielsweise für jüngere Beschäftigte oft schon typisch oder ‚normal‘ ist, nicht in einem unbefristeten Vollzeitbeschäftigungsverhältnis tätig zu sein.“

Ich glaube, wenn ich mich hier im Saal umschaue und die Kollegenschaft insgesamt sehe, weiß ich: Viele Kolleginnen und Kollegen haben selbst eigene Kinder oder wissen es aus ihrer Verwandtschaft.

Wenn die Kinder so groß sind, dass sie gerade auf dem Sprung stehen, in die Berufstätigkeit einzusteigen oder das gerade hinter sich haben, hatten sie mit dieser Problematik zu tun und haben am eigenen Leib mitbekommen, welcher Stress diese Situation auslöst und welche gesellschaftlichen Konsequenzen sie hat.

Wir können dieses Problem natürlich in Nordrhein-Westfalen nicht allein lösen; aber wir können einen Beitrag dazu leisten. Das wollen wir mit diesem Antrag tun. Wenn wir uns nur auf befristete Arbeitsverhältnisse konzentrieren, haben wir in 2017 einen neuen absoluten Höchststand erreicht. 8,3 % der Beschäftigten hatten befristete Arbeitsplätze.

8,3 % bedeuten 3,15 Millionen Beschäftigte, die ihre Zukunft nicht planen können, sich beim Konsum zurückhalten müssen, keine langfristigen Verträge eingehen können und ihre Familienplanung zurückstellen. Sie sind vielmehr damit beschäftigt, sich bereits nach dem nächsten Arbeitsplatz umzuschauen – kaum, dass sie sich auf ihren Arbeitsplatz eingelassen haben. Viele hangeln sich von Befristung zu Befristung.

Die rechtlichen Möglichkeiten werden von den Arbeitgebern voll ausgereizt: Sie nutzen gerade bei den sachgrundlosen Befristungen die Möglichkeit der dreimaligen Verlängerung innerhalb von zwei Jahren völlig aus. Manche gehen sogar darüber hinaus – in der Hoffnung, dass Arbeitnehmer sich nicht trauen, dagegen juristisch vorzugehen.

Diese Situation ist für jeden Einzelnen Stress pur. Daher ist es gut, dass sich CDU/CSU und SPD im Bund in ihrem Koalitionsvertrag darauf verständigt haben, den Missbrauch bei befristeten Beschäftigungen abzuschaffen. Dazu gehört insbesondere die sachgrundlose Befristung. Das ist gut so; denn schließlich sind über 50 % der Befristungen sachgrundlos.

Es reicht unseres Erachtens aber nicht aus, in Nordrhein-Westfalen darauf zu warten, dass der Bund etwas tut, denn der öffentliche Dienst im ganzen Land, aber auch in Nordrhein-Westfalen hat an dieser Situation einen großen Anteil.